

Mindestlohn

4000 Franken im Monat für die teure Schweiz

In der Schweiz soll ein gesetzlicher Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde gelten und den Skandal von unhaltbaren Tieflohnen beseitigen. Nun haben die Gewerkschaften eine entsprechende Volksinitiative gestartet. Von Ralph Hug.

Am Dienstag und am Mittwoch sperrten AktivistInnen der Gewerkschaft Unia an verschiedenen Orten symbolisch Tieflohnezonen ab. Der Protest galt Geschäften und Firmen, die durch besonders üble Tieflohne auffallen. Zum Beispiel die Modeboutique von Tally Weijl in Olten, das Coiffeurgeschäft von Orinad in Winterthur oder das Schuhgeschäft Reno im Einkaufszentrum Manor in St. Gallen. In all diesen Geschäften verdienen gelernte Fachkräfte Stundenlöhne von fünfzehn oder sechzehn Franken. „Wer soll davon in der teuren Schweiz leben können?“ fragt Vania Alleva, Geschäftsleistungsmitglied bei der Unia.

Miese Löhne gibt es aber auch in der Industrie, zum Beispiel beim Kaffeemaschinenhersteller Eugster-Frismag im thurgauischen Amriswil. Dort werden Arbeiterinnen aus dem Kosovo mit einem Stundenlohn von Fr. 16.50 abgefertigt. „Die Firma haben wir schon lange im Auge“, sagt Unia-Sekretär Erich Kramer. Der Familienbetrieb scheut die Öffentlichkeit, beschäftigt aber 1300 Mitarbeitende in der Schweiz sowie weitere 500 in Portugal. Unter anderem kommen alle Nespresso-Maschinen aus Amriswil.

Kein Zweitjob mehr nötig

Seit zwanzig Jahren wächst der Druck auf die Löhne, „vor allem auf die tiefen und mittleren, während sie oben explodieren“, wie Gewerkschaftsbund-Präsident Paul Rechsteiner sagt. Mit der Kampagne „Kein Lohn unter 3000 Franken“, die 1999 gestartet wurde, konnten zwar markante Verbesserungen erreicht werden. So stieg der Mindestlohn im Gastgewerbe seither um 44 Prozent. Das Problem liegt heute in jenen Branchen, in denen keine Gesamtarbeitsverträge das Lohndumping verhindern, also etwa im Detailhandel, in der Reinigung, Landwirtschaft, Textilindustrie, bei Call-Centern oder persönlichen Dienstleistungen wie Coiffeur- oder Kosmetikgewerbe. Lausige Löhne gibt es aber auch in Berufen, bei denen man sie nicht unbedingt erwarten würde, zum Beispiel bei IT-Dienstleisterinnen oder Pharmaassistenten. Berechnungen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) ergaben, dass rund 300'000 Frauen und 100'000 Männer zu Tieflohnen arbeiten müssen, von denen sie nicht leben können. „Das ist fast jede zehnte Beschäftigte in der Schweiz“, so Vania Alleva.

Die Lösung sieht der SGB in einem gesetzlich festgelegten Mindestlohn. Er soll 22 Franken pro Stunde oder 3800 bis 4000 Franken pro Monat betragen (bei 13 Monatslöhnen und je nachdem, ob 40 oder 42 Stunden pro Woche gearbeitet wird). Nur so könne der Lohndruck aufgefangen und die Fehlentwicklung in der Lohnpolitik korrigiert werden, sagt Rechsteiner. Rund elf Prozent der Löhne müssten per Gesetz angehoben werden. Während Bürgerliche solche verordneten Mindestlöhne mit dem Argument bekämpfen, sie würden zu mehr Arbeitslosen führen, betont SGB-Chefökonom Daniel Lampart das Gegenteil. „Sie ermöglichen Betroffenen, einen Zweitjob aufzugeben, und führen insgesamt zu einer ausgeglicheneren Einkommensverteilung.“ Lampart verweist auf die jüngste Forschung. Sie zeige, dass Mindestlöhne zu höheren Gehältern und mehr Beschäftigung führen, da marktmächtige Firmen die Löhne nicht mehr unbegrenzt drücken können. Hinzu kämen positive Konsumeffekte für die Wirtschaft.

Widerstand der Chefs

In Europa sind Mindestlohnregelungen verbreitet. Drei Viertel der Länder kennen eine gesetzliche untere Lohngrenze. Der bekannteste Mindestlohn ist der SMIC in Frankreich. Rund vierzehn Prozent der französischen Beschäftigten profitieren davon und erreichen ein anständiges Einkommen. Auch bürgerliche Regierungen in Paris haben den SMIC regelmässig erhöht und damit die Kaufkraft der unteren Einkommen gesichert.

Die SGB-Initiative wird auf den Widerstand der Wirtschaft stossen. Das zeigte sich in den Kantonen Tessin, Waadt, Genf und Wallis. Dort haben Linksgruppierungen bereits Initiativen für einen kantonalen Mindestlohn eingereicht und damit Kontroversen ausgelöst.

WOZ, Freitag, 27.1.2011.

SGB > Mindestlöhne. 2011-01-27.doc.